

Leitantrag der BUNDjugend

Der Wolf im Schafspelz – TTIP stoppen!

Zu den wichtigsten Errungenschaften in der EU zählen soziale und ökologische Standards. Sie sind keine Handelsschranken und gehören aus- statt abgebaut!

Durch das „*Transatlantic Trade and Investment Partnership*“-Abkommen zwischen EU und USA sollen „nicht-tarifäre Handelshemmnisse“ abgebaut werden. Die Vertragspartner*innen können unter Handelshemmnissen alles definieren, beispielsweise Verbraucher*innenschutz, Arbeitnehmer*innenrechte, Datenschutz.

Zu den EU-Wahlen 2014 erhebt die Bundesdelegiertenversammlung der BUNDjugend gegenüber dem EU-Parlament die Forderung, TTIP zu stoppen. Aus folgenden Gründen:

- Geheimverhandlungen

Das Freihandelsabkommen wird hinter verschlossenen Türen verhandelt. Seit 2011 wurden die Verhandlungen von einer „High Level Group on Jobs and Growth“ vorbereitet. In den 130 Gesprächsrunden zur Vorbereitung des Verhandlungsauftrakts fanden nur elf mit Verbraucher*innengruppen statt, alle weiteren mit Industrieverbänden. Die Begründung der Kommission so für eine bessere Verhandlungsposition gegenüber den USA zu sorgen, weisen wir ab. Stattdessen sehen wir, dass Verhandlungsdaten verschwiegen werden, um Kritiker*innen keine Fixpunkte zu geben und unbehelligt verhandeln zu können.

- Investor-Staat-Schiedsverfahren

Das so positiv klingende Wort „Investitionsschutz“ hat es faustdick hinter den Ohren. Konzernen wird mit dem erklärten Ziel des TTIP – das höchste „Liberalisierungs- und Investitionsschutzniveau“ innerhalb des transatlantischen Raumes zu erreichen – die Möglichkeit eingeräumt, gegen politische Entscheidungen im Gaststaat zu klagen. Dies geschieht vor so genannten Schiedsgerichten. Der Schiedsspruch kann nach aktuellem Stand nicht angefochten werden und steht über dem nationalen Recht. Dies führt zu einem gewaltigen Abbau unserer Demokratie!

- Verbraucher*innenschutz

Durch den Verhandlungsabschluss des Freihandelsabkommens sollen Verbraucher*innenstandards harmonisiert werden. Ist dies erreicht, können sie nicht mehr sozial oder ökologisch erhöht werden ohne dem eigenen Unternehmen zu schaden. Durch eine Harmonisierung werden Standards auf den kleinsten gemeinsamen Nenner gebracht statt diese auf höchstem Niveau zu

standardisieren. Dabei steht das Wirtschaftswachstum über dem Schutz der Verbraucher*innen. Das s.g. Vorsorgeprinzip der EU wird somit ausgehebelt. Kennzeichnungspflichten über Herkunft und Inhaltsstoffe der Produkte werden geschwächt. Beispielsweise könnten die Gen-Tech Siegel in den USA auf Druck der Hersteller abgeschafft werden.

- Wasser

In Europa gab es in den letzten Jahren viele Kämpfe gegen die Privatisierung von Wasser. Es ist die erste europaweite erfolgreich gewonnene Verhinderung von Privatisierung allgemeiner Güter. Mit dem TTIP könnten Konzerne über Staatsklagen diesen erfolgreich gewonnenen Kampf zunichtemachen und über Umwege doch noch an ihre Unternehmensziele gelangen. Sie kämen durch die Hintertür.

Die Europäische Bürgerinitiative „Right2Water“ übergab 1,8 Millionen Unterschriften gegen die Wasserprivatisierung.

- Klima und Energie

Existierende Verbote von Fracking könnten durch Konzerne angefochten werden. Die Verbotsüberlegungen in Deutschland können durch den Einspruch der USA verhindert werden. Weiterhin stört sich die Soja-Industrie an der in der Richtlinie für Erneuerbare Energien festgeschriebene nachhaltige Erzeugung von Biomasse. Sie könnte versuchen, eine gleichwertige Behandlung von amerikanischen Bio-Kraftstoffen durchzusetzen. Die Kraftstoffqualitätsrichtlinie der EU schreibt vor, dass bis 2020 die Emissionsintensität von Treibstoffen um 6% gemindert wird. Die in den USA gewonnenen Öle aus Teersand sind mit erheblichen Energieaufwand und höheren Lebenszyklusemissionen verbunden als Kraftstoffe, die aus Rohöl gewonnen werden. Mit der Kraftstoffrichtlinie ist also eine Beimischung von Ölen aus Teersand in der EU nicht zu verwirklichen. Die Überlegung US-amerikanischer Industrieverbände, vor der Welthandelsorganisation zu klagen, würde sich mit TTIP erübrigen.

Der Energiekonzern Vattenfall klagt beispielsweise derzeit Deutschland auf 3,5 Milliarden Euro an, weil ihm der Atomausstieg nicht passt. Oder der Öl- und Gaskonzern Lone Pine verklagt die USA, weil ihm nicht passt, dass die Provinz Quebec ein Moratorium für die Tiefenbohrung erlassen hat.

- Finanzdienstleistungen

Der Kapitalverkehr soll im Zuge des TTIP gänzlich der Liberalisierung freigegeben werden. Regulierungsvorhaben der EU wie beispielsweise die Überlegung der Finanztransaktionssteuer kann nach der Umsetzung von TTIP letztlich am amerikanischem Veto scheitern.

- Datenschutz

Bisher konnte ACTA¹ auf Initiative zivilgesellschaftlicher Gruppen verhindert werden. Durch TTIP können Regeln beschlossen werden, welche nicht im Sinne der Nutzer*innen sind. Die Überwachung des Internets kann dadurch einen neuen Anlauf nehmen.

- Landwirtschaft

In der EU dürfen bisher nur drei Gen-Tech-Pflanzen angebaut werden. US-amerikanische Saatgutproduzenten wie Monsanto haben schon 70 weitere Zulassungsanträge gestellt. Die bisherigen Einfuhrbeschränkungen können durch TTIP aufgehoben werden. Zudem ist die Erwartung, dass Preise auf Agrarmärkten fallen, da US-amerikanische Firmen im Schnitt 13fach größer sind als Landwirtschaftsbetriebe in der EU. Damit können sich kleine Betriebe, gerade ökologische Landwirtschaftsbetriebe nicht halten. Die Konzentration von Betrieben muss folglich zunehmen und Arbeitsplätze entfallen.

- Chemikalien

Durch das oben erwähnte Vorsorgeprinzip muss in der EU die Chemieindustrie die Ungefährlichkeit eines Stoffes beweisen bevor diese auf den Markt gelangen können. Das spiegelt sich darin wieder, dass die Industrie für mehr als 30.000 Chemikalien zunächst Informationen einreichen musste. Im Gegensatz dazu wurde in den USA bei mehr als 60.000 Chemikalien die Sicherheit vorausgesetzt und keine Tests angeordnet. In den USA müssen die Behörden zunächst beweisen, dass ein Stoff gefährlich ist bevor dieser vom Markt genommen werden darf. Das gilt für Medikamente, Kosmetika, usw.

In der EU sind 1.300 Stoffe für die Herstellung von Kosmetika verboten worden, in den USA nur 11.

Schon in den Vorverhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen knickt die EU ein. Politiker*innen versuchen ihre Bereitschaft, Regulierungen weicher zu gestalten, den USA zu beweisen. Sie lassen nun inzwischen schon einzelne hormonell wirksame Chemikalien zu.

- Dienstleistungen

Mit dem Freihandelsabkommen soll die Liberalisierung der Dienstleistungen weiter vorangetrieben werden. Ausländische Anbieter sollen den lokalen Anbietern sogar im öffentlichen Beschaffungswesen gleichgestellt werden. Die Übertragung vieler öffentlicher

¹ Das **Anti-Counterfeiting Trade Agreement**, kurz ACTA, (deutsch Anti-Produktpiraterie-Handelsabkommen) ist ein EU-USA Freihandelsabkommen im Bereich Produktpiraterie und Datenschutz, das durch Proteste erfolgreich verhindert werden konnte. EU und USA versuchen die s.g. Ziele (Internationale Kooperation, Abstimmung des Gesetzesvollzugs und Schaffung neuer Gesetze zur Verwertung geistigen Eigentums) nun über das TTIP zu verhandeln. Die Vereinigung internationaler Bürgerinitiativen sieht ACTA grundlegende Rechtsprinzipien, insbesondere Menschenrechte, gefährdet.

Aufgaben an private Unternehmen wird damit kaum noch aufhaltbar. Die Staatsaufgaben können auf hoheitliche Kernaufgaben beschränkt werden. Das führt zu noch härterem Wettbewerb, nicht nur auf Kosten der Beschäftigten, sondern auch auf Kosten der Qualität der Dienstleistungen.

- Kommunale Daseinsvorsorge

Derzeit liegt die öffentliche Daseinsvorsorge überwiegend in der Hand von Kommunen oder Ländern. Dazu zählen beispielsweise die Versorgung von Wasser, der Öffentlichen Nahverkehr, die Gesundheitsversorgung, die Bildung und die Müllentsorgung. Mit dem TTIP soll eine Öffnung von Dienstleistungen für ausländische Anbieter durch Deregulierung entstehen. Somit wird die Möglichkeit eröffnet, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in die Hand privater Unternehmen gespielt wird.

- Arbeitnehmer*innenrechte

Die USA hat bisher viele der ILO²-Kernarbeitsnormen nicht ratifiziert. Daher ist in den USA die Vereinigungs- und Kollektivverhandlungsfreiheit stark eingeschränkt. Zwar sollen laut dem Mandat der Kommission nationale Arbeits- und Sozialstandards erhalten bleiben, doch die Gefahr einer Abwärtsspirale bei Standards besteht. ver.di befürchtet, dass Konzerne mit den unterschiedlich hohen Standards so umgehen, dass für sie nur die niedrigsten geltend gemacht werden. Folge wären Lohndumping, Steuerflucht, Werksverträge anstelle von Festanstellung und die Abnahme der Einflussmöglichkeiten von Gewerkschaften. Der derzeit stattfindende Kampf um den gesetzlichen Mindestlohn wäre folglich unbedeutend.

- Weltmachtstellung

Führende Politiker*innen im transatlantischen Raum fürchten die neuen Wirtschaftsmächte wie China, Russland oder Brasilien. Mit dem Freihandelsabkommen möchten sie ein Gegengewicht schaffen. In einer Welt, in der der Druck durch multipolare Wirtschaftsmächte immer größer wird, soll TTIP den USA und der EU ihre bestehende weltpolitisch dominante Rolle sichern und ausbauen. Die ehemals kolonialen Abhängigkeiten zwischen den Ländern des Globalen Nordens und des Globalen Südens werden so gefestigt und nicht abgebaut. Der transatlantische Raum avanciert zum Zentrum der globalen Handelspolitik und die im weltweiten Vergleich wenig wettbewerbsfähigen Staaten – vor allem Länder des Globalen Südens – erfahren dadurch abermals eine Schwächung ihrer Souveränität.

EU und USA – die beiden Mitbegründer der Welthandelsorganisation – streben mehr bilaterale Handels- und Investitionsabkommen an. Sie versuchen damit die (durch Widerstand der weiteren

² International Labour Organisation, deutsch: Internationale Arbeitsorganisation

Mitgliedsstaaten) zum Scheitern verurteilten Verhandlungen der WTO³ zu Themenfeldern wie Investitionen und Dienstleistungen zu umgehen.

Der Stopp der Verhandlungen ist zwingend erforderlich, um unsere Demokratie zu schützen!

Wegen der Gefahr der Absenkung von Umwelt- und Verbraucher*innenstandards lehnt die BUNDjugend das transatlantische Freihandelsabkommen und alle weiteren Freihandelsabkommen, wie z.B. CETA – das Freihandelsabkommen zwischen EU und Kanada -, zur Stärkung von Wirtschaftsmächten gänzlich und mit Nachdruck ab!

Begründung:

Unsere amtierende Bundeskanzlerin hat sich für das TTIP ausgesprochen. Die führende Regierung führt folgende Argumente für einen Abschluss des TTIP an:

- Wirtschaftswachstum von bis zu 0,5% des EU-BIP
- bis zu 180.000 neue Jobs

Analysen bisheriger Freihandelsabkommen sprechen dagegen eine ganz andere Sprache, beispielsweise hatten sie zum Ergebnis:

- gesunkene Arbeitsmindeststandards
- niedrigere Löhne
- Arbeitsplatzverluste
- wesentlich geringerer BIP-Anstiegs als zuvor prognostiziert wurde
- gestiegene Umweltschäden.

Es ist deutlich erkennbar, dass die Befürworter des transatlantischen Freihandelsabkommens nur auf der weltpolitischen Ebene argumentieren und die Bedürfnisse von Verbraucher*innen, Arbeitnehmer*innen und Nutzer*innen außer Acht lassen. Schäden an Natur und Umwelt werden wie selbstverständlich in Kauf genommen, soziale und ökologische Nachhaltigkeit gerät in den Hintergrund.

Von insgesamt 751 sitzen im EU-Parlament 100 deutsche Abgeordnete. Da es bei den Verhandlungen zum transatlantischen Freihandelsabkommen stark darauf ankommt, wer mit am Verhandlungstisch sitzt, ist es gerade bei der EU-Wahl wichtig, die Anwärter*innen auf einen Abgeordnetenplatz im EU-Parlament im Hinblick auf ihre Haltung zum TTIP zu überprüfen.

³ World Trade Organisation, deutsch: Welthandelsorganisation

Antrag 1, Fassung: 18.04.2014

Stellungnahmen der EU-Parlament-Anwarter*innen zum Thema TTIP lassen sich auf ttipcheck.eu einsehen. Bisher lehnen 76 von insgesamt 321 deutsche*r Kandidat*innen das Freihandelsabkommen klar ab.